Anzeigenpreise:
Die neungespalt. Kolonelzeile [illegible]
Inserate für auswärts [illegible]
Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen [illegible]
Die viergespaltene Reklamezeile 1.[illegible] M.
Bei Wiederholungen Rabatt.

Inserate müssen zwei Tage vor Erscheinen der Zeitung in unseren Händen sein.

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreise:
In Danzig durch unsere Zweigstellen [illegible] monatlich [illegible] M., vierteljährlich [illegible] M.
Durch die Post bezogen außerdem noch Zustellgebühr monatlich [illegible]
Einzelnummern [illegible]
Postscheckkonto Danzig Nr. [illegible]

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition: Danzig, Paradiesgasse 32.

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon: Redaktion 3795. „ Expedition 3290.

Nr. 176 | Sonnabend, den 2. August 1919 | 10. Jahrgang

Das Verfassungswerk vollendet.

Der große Wurf ist gelungen. Mit überwältigender Mehrheit hat gestern die Nationalversammlung die neue Verfassung der deutschen Republik verabschiedet und damit ihre Hauptaufgabe vollendet. Es hat Monate gedauert, ehe das Werk zustande kam. Die Schwierigkeiten lagen in der Hauptsache darin, daß es ein Kompromißwerk ist. Daß solch ein Kompromiß unsere Wünsche nicht restlos befriedigt, ist klar. Als Demokraten mußten wir uns aber dem Volksspruch vom 19. Januar fügen. Durch den unseligen Bruderkampf in der Arbeiterschaft wurde damals eine sozialistische Mehrheit in der Nationalversammlung verhindert. Die bürgerlichen Parteien aber waren sich bei den Beratungen über die Verfassung dann völlig einig, wenn wir die Axt an die Wurzel der kapitalistischen Gesellschaft legen wollten. Gerade in der wichtigen Frage der Sozialisierung wurden unsere Anträge niedergestimmt. Die bürgerlichen Parteien haben damit sich wieder als die Hüter des Kapitals gezeigt. Bei den Wahlen erklärten sie, daß auch sie für eine Sozialisierung der „dafür reifen Betriebe" seien. Nach ihrem Verhalten in der Nationalversammlung werden höchstens einmal am St. Nimmerleinstage einige Betriebe für die Sozialisierung reif sein.

Das sollten sich die Massen der Arbeiter und Angestellten merken, die bisher noch den bürgerlichen Parteien gefolgt sind. Die neue Verfassung bietet den Wählern die Handhabe, um eine neue Erkenntnis auch zur Tat werden zu lassen. Mag uns auch manches an ihr unvollkommen erscheinen, eines kann uns mit frohem Stolz erfüllen: **Wir haben die demokratischste Staatsform der Welt.** Damit haben wir die Waffe, mit der wir auch unsere anderen Ziele erreichen können. Die neue Verfassung schafft freie Bahn und wir können an die Arbeit gehen, um den Schutt, den die Hohenzollernherrschaft noch in allen Ecken und Enden in unserm Staatsleben hat liegen lassen, hinauszufegen. Mögen die Deutschnationalen Tränen vergießen, daß die neue Verfassung nicht den bismarckschen Geist des früheren Kaiserreichs hat. Wir aber wollen uns freuen, daß endlich auch bei uns der Geist des Volkes im Staatsleben zum Ausdruck kommt. Das gibt uns die Ueberzeugung, daß die freiheitliche Aufwärtsentwicklung unseres Volkes gesichert und der Weg zu einer sozialistischen Gemeinschaft freigelegt ist.

*

Verhandlungsbericht.

Weimar, 31. Juli.

Die dritte Beratung des Verfassungsentwurfes wird bei der Länderfrage fortgesetzt.

In der durch den Antrag Löbe (Soz.), Trimborn (Ztr.) und Heine (Dt. dem. P.) vorgeschlagenen Fassung wird der allgemeine Grundsatz aufgestellt:

„Die Gliederung des Reiches in Länder soll unter möglichster Berücksichtigung des Willens der beteiligten Bevölkerung der wirtschaftlichen und kulturellen Höchstleistung des Volkes dienen."

Der Satz über die Gebietsänderungen erhält die Fassung:

„Die Aenderung des Gebietes von Ländern und die Neubildung von Ländern innerhalb des Reiches erfolgt durch Verfassungsänderung des Reichsgesetzes. Zum Beschluß einer Gebietsänderung sollen drei Fünftel der abgegebenen Stimmen, mindestens aber die Stimmenmehrheit der Wahlberechtigten erforderlich sein."

Abg. **Ulitzka** (Ztr.): Wir hoffen, daß auch die bedrohten Gebiete, wie z. B. Oberschlesien, die Möglichkeit gewinnen, im Verbande des Deutschen Reiches zu bleiben.

Abg. **Hofmann** (Soz.) erwartet eine Erklärung der preußischen Regierung, daß sie einer großzügigen Lösung der thüringischen Frage nichts in den Weg lege.

Abg. **Hampe** (Dt.-nat. Vp.) tritt für die Bildung eines selbständigen Niedersachsens ein.

Abg. **Dr. Philipp** (Dt.-nat. Vp.): Unsere Bedenken gegen das Kompromiß bestehen jetzt in verstärktem Maße.

Abg. **Koch-Kassel** (Dt. dem. P.): Nach unserem Standpunkt ist die Gliederung Deutschlands nicht vom preußischen oder bayerischen oder gar vom rheinischen oder hannoverschen Gesichtspunkte, sondern lediglich vom deutschen Gesichtspunkte aus zu behandeln. Wir wollen allerdings den Unitarismus, aber nicht die Zentralisation. Wir verwechseln nicht das Reich mit Berlin.

Abg. **Hörsing** (Soz.): Es ist gesagt worden, man könne Oberschlesien von Preußen lostrennen, ohne Verrat zu begehen. Das ist ein Irrtum. Die gesetzlichen Bestimmungen bestehen noch, auch die über Hoch- und Landesverrat.

Es gibt aber in Oberschlesien keine große Bewegung in dieser Richtung, höchstens eine, die Oberschlesien zu einer selbständigen Republik machen will. Sie wird aber nicht getragen von der großen Masse der Bevölkerung, sondern von einer Handvoll Kapitalisten, Industrieller und Großgrundbesitzer. (Hört, hört!) Arbeiterbewegung und Mittelstand stehen dem feindselig gegenüber. Die Bevölkerung würde der Gefahr einer Schirmherrschaft der Polen oder der Entente mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu begegnen wissen.

Preußischer Minister des Innern Heine: Die Verfassung wird in vielen Punkten bereits in nächster Zeit revidiert werden müssen. In revolutionären Zeiten muß man froh sein, wenn man Arbeit für ein paar Jahre leisten kann. Aus der Stellungnahme **Preußens** zu dem Thüringischen Plan werden Sie erkennen, daß Preußen absolut loyal vorgehen will. So wird es auch Thüringen in seinem Bestreben, zu einem leistungsfähigen Gesamtstaat zu kommen, unterstützen. Man soll nicht mehr in den Ereignissen von 1866 herumwühlen, wenn damals Unrecht geschehen ist. Es ist in der Welt viel Unrecht geschehen. Das größte Unrecht aber, das geschehen ist, ist der Frieden, den uns unsere Feinde auferlegt haben. (Langdauernde Zustimmung.) Demgegenüber gibt es nur eine Aufgabe: Geschlossen und fest zusammenzustehen und uns nicht in innere Streitigkeiten zu verlieren. Nehmen Sie den Artikel 12 in der neuen Fassung an. Er möge aber nur in Anwendung gebracht werden, wenn wirkliche Interessen des Reichs in Frage kommen. (Lebhafter Beifall.)

Regierungskommissar Dr. Preuß: Ich freue mich, aus den Ausführungen meines Vorredners entnehmen zu können, daß er Ihnen die Annahme des Kompromißantrages empfohlen hat. Auch ich erblicke in ihm nicht die Erfüllung eines Ideals, er ist eben ein Kompromiß.

Der Kompromißantrag zum Artikel 18 wird darauf mit großer Mehrheit angenommen. Es folgt die Beratung der zurückgestellten Artikel 74 und 76 (Volksentscheidung und Verfassungsänderung). Nach kurzer erheblicher Aussprache wird ein Antrag Waldstein (Dem.)-Dr. Beyerle (Ztr.)-Katzenstein (Soz.) angenommen auf Einfügung eines Artikels 76a:

„Durch den Volksentscheid kann ein Beschluß des Reichstags nur dann außer Kraft gesetzt werden, wenn sich die Mehrheit der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligt."

Angenommen wird ferner ein Kompromißantrag Waldstein (Dem.) und Gen., wonach in Artikel 76 bestimmt wird, daß, wenn auf Volksbegehren durch Volksentscheidung eine Verfassung beschlossen werden soll, dazu die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten erforderlich ist. Endlich wird noch ein Antrag Dr. Beyerle (Ztr.) angenommen, wonach Artikel 76 einen zweiten Satz erhält:

„Hat der Reichstag entgegen dem Einspruch des Reichsrats eine Verfassungsänderung beschlossen, so darf der Reichspräsident dieses Gesetz nicht verkünden, wenn der Reichsrat binnen zwei Wochen den Volksentscheid verlangt."

Um ½2 Uhr vertagt das Haus die weitere Beratung auf nachmittags 3 Uhr.

Unterstaatssekretär Schulz: Zwischen den drei großen Parteien ist eine Verständigung über die Schulfrage zustandegekommen. Ueber Sinn und Tragweite dieser Verständigung habe ich im Auftrage der Regierung und der Antragsteller folgendes zu erklären: Ueber den Grundgedanken des Artikels 143, wonach sich auf einer für alle gemeinsamen Grundschule das mittlere und höhere Schulwesen organisch aufbauen soll, sind sich die drei Parteien einig. Ein nunmehr von der drei Parteien beantragter neuer Absatz schafft demgegenüber die von dieser Norm abweichenden Schulformen. Als solche werden angesehen die Volksschulen bestimmter religiöser Bekenntnisse und die rein weltlichen Schulen, in denen Religionsunterricht überhaupt nicht erteilt wird. Diese Schulen sollen innerhalb der Gemeinden errichtet werden können, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Diese Voraussetzungen sind:

1. ein ordnungsmäßiger Antrag einer ausreichenden Zahl von Erziehungsberechtigten der Minderheit,

2. die Aufrechterhaltung eines geordneten Schulbetriebes. Ich schließe mit dem Wunsche, daß die getroffenen Vereinbarungen unserem Schulwesen zum Segen gereichen mögen. Sie werden gewiß nicht allen Wünschen gerecht, aber wir müssen in solchen Fragen gegenseitige Duldung üben und unsere Eigenart achten. Möge auf dieser Grundlage unser Volk zusammengeführt werden im Sinne der Liebe zur Heimat, im Sinne des Geistes des deutschen Volkstums, der Pflege und Stärkung des Willens zur staatlichen Gemeinschaft.

Abg. **Schiffer** (Dem.): Wir glauben, daß die Gegensätze in der Schulfrage durch das Kompromiß im Vergleich mit dem Ergebnis der zweiten Lesung soweit abgemildert sind, daß uns das Zusammengehen ermöglicht worden ist.

Abg. **Mumm** (Dt.-nat.): Eine wesentliche Verbesserung gegenüber der zweiten Lesung erblicken wir in der Wendung des Kompromißantrages, daß die Erziehung im „Geiste des deutschen Volkes" erfolgen soll. Unerwünscht ist der Zusatz „und der Völkerversöhnung".

Abg. **Dr. Runkel** (Dt. Vp.): Wir begrüßen, daß die Schule fortan Arbeitsschule sein soll und daß einige wichtige Lehrerwünsche Entgegenkommen gefunden haben.

Unterstaatssekretär Schulz: Die bedauerliche Schärfe des Satzes, der heutige Weg sei der Sterbetag der Einheitsschule, beruht auf einem falschen Schluß. Wir wollen lediglich die Einheitsschule des sozialen Gedankens im Gegensatz zur nationalen Einheitsschule. Sie wird durch die Verfassung allerdings noch nicht gewährleistet, aber doch wenigstens angebahnt.

Abg. **Kunert** (U. Soz.): Das neue Kompromiß ist nicht geeignet, uns zu einer andern Stellungnahme zu veranlassen. Es zerreißt rettungslos die künftige Einheits- oder Arbeitsschule.

Abg. **Katzenstein** (Soz.): Das Ergebnis des Kompromisses wird es bei einigem guten Willen ermöglichen, auf dem Boden der gemeinsamen Arbeit und des allgemeinen Volkswohls die Schule weiter zu entfalten. Der Abschnitt 4 wird in der Fassung der Kompromißanträge angenommen. Es folgt der 5. Abschnitt der

Grundrechte über das Wirtschaftsleben.

Abg. **Hué** (Soz.) empfiehlt den Antrag Auer (Soz.):

„Alle Bodenschätze und alle wirtschaftlich nutzbaren Naturkräfte sind in Gemeineigentum zu überführen. Private Regale und Mutungen sind auf den Staat zu übertragen. Das Nähere bestimmt die Gesetzgebung."

Abg. **Gothein** (Dt. dem. P.) wendet sich gegen den Antrag Auer. Die Herren, die ihn unterschrieben haben, sind sich nicht einmal über den Begriff „Mutung" klar geworden. Auch die Sozialisierungskommission hat vor der Uebernahme des Bergbaues durch den Staat gewarnt. Geben Sie den unausgereiften Plänen des Antrages Auer keine Folge. (Lebhafter Beifall.)

Das Wort „Mutung" des Antrages Auer wird auf Antrag Katzensteins (Soz.) in „Bergwerksverleihungen" geändert. Die Abstimmung über den Antrag Auer ist zweifelhaft und wird durch Auszählung (Hammelsprung) vorgenommen. Dabei ergibt sich die Ablehnung des Antrages mit 170 gegen 152 Stimmen. Das Ergebnis wird mit stürmischen Pfuirufen bei den Sozialdemokraten aufgenommen. Rechts ertönen Bravorufe. Einzelne sozialdemokratische Abgeordnete sprechen in größter Erregung auf demokratische Abgeordnete ein. Es entsteht großer Lärm. Präsident Fehrenbach rügt das Pfuirufen bei den Abstimmungen und bittet dringend um Ruhe. Der Streichungsantrag Arnstadt (Dt.-nat. Vp.) wird ebenfalls abgelehnt. Der Antrag Spahn (Ztr.) wird mit großer Mehrheit angenommen.

Eine zu dem Artikel vorliegende Entschließung Spahn (Ztr.), die Regierung um baldige Vorlage eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, wonach die auf Mutung beruhenden, noch nicht zur Ausnutzung gelangten Bergwerksberechtigungen alsbald auf ihren Entstehungsgrund und ihre wirtschaftliche Bedeutung mit dem Ziel zu prüfen sind, sie in die Hand des Reichs zu bringen, wird ohne Aussprache mit großer Mehrheit angenommen.

Artikel 158 erhält auf Antrag Spahn (Ztr.) die Fassung: „zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutze der Mutterschaft und zur Vorbeuge gegen die wirtschaftlichen Folgen und Altersschwäche und Wechselfälle des Lebens schafft das Reich ein umfassendes Versicherungswesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten."

Zu Artikel 162 — Rätesystem — bemerkt Abg. **Dr. Delbrück** (Dt.-nat.): Wir sind der Meinung, daß neben den Arbeiterausschüssen besondere Angestelltenausschüsse errichtet werden müssen.

Abg. **Könen** (U. Soz.): Wir werden dem Kompromiß, das zwischen den Mehrheitsparteien in dieser Frage abgeschlossen ist, nicht zustimmen. Die Mehrheitsparteien wollen dabei nicht das Rätesystem verankern, sondern den Kapitalismus. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen.)

Präsident Fehrenbach bittet den Abgeordneten, bei seinen weiteren Ausführungen hier keine kommunistische Festrede zu halten. (Große Heiterkeit, lärmende Zurufe: „Unerhört!" bei den Unabhängigen.)

Abg. **Könen** (fortfahrend): Wir verlangen die Durchführung eines streng sozialistischen Rätesystems.

Arbeitsminister Schlicke: Das kommende Gesetz wird Arbeiter und Angestellte in besondere Gruppen teilen, die für alle sie selbst berührenden Fragen zuständig sind. Die Betriebsräte sind aber an wirtschaftlichen Fragen beteiligt, die die Einstellung, Kündigung usw. beide in gleichem Maße berühren.

Abg. **Sinzheimer** (Soz.): Alle Gruppen des Reichswirtschaftsrats müssen das Recht haben, sich, wenn die von ihnen eingebrachten Vorlagen im Reichstage beraten werden, dort vertreten zu lassen. Ein einheitliches Arbeitsrecht ist nötig.

Reichskommissar Dr. Preuß: Es kommt nicht darauf an, wo der Reichswirtschaftsrat sich durch ein oder mehrere Mitglieder im Reichstag vertreten läßt. Wichtig ist nur, daß die Beschlüsse des Reichswirtschaftsrats durch Vermittlung der Regierung und den Reichstag gehen.

Abg. **Naumann** (Dem.): Die prinzipiell neuen Punkte, die in dem Artikel enthalten sind, verlangen, daß wir ihn schärfer durcharbeiten und den Gesichtspunkt haben, ob er für später eine größere Menge Kulturgüter hervorruft als das bisherige System. Wir müssen zur Verantwortung erziehen. Darauf kommt es an zu wissen, was ein Volk, das durch den Zusammenbruch einer alten Herrschaft traditionslos geworden ist, eigentlich will. Mit der Verfassung ist ein großer Schritt dahin getan, und allen, die dabei tätig gewesen sind, gebührt unser Dank. (Beifall bei den Demokraten.)

Artikel 162 Absatz 4 erhält auf Antrag Spahn folgende Fassung: „Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsamt zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, selbst solche Gesetzvorlagen zu beantragen. Stimmt diesem die Reichsregierung nicht zu, so hat sie trotzdem die Vorlagen unter Darlegung ihres Standpunktes im Reichstag einzubringen. Der Reichswirtschaftsrat kann die Vorlagen durch eines seiner Mitglieder vor dem Reichstag vertreten lassen." Es folgen die Uebergangs- und Schlußbestimmungen, Artikel 168 bis 178. Die Abgg. Dr. Kahl (Dt. Vp.) und Philipp (deutschnat.) treten für den Antrag Heinze (deutsche V. P.) und Gen. auf Streichung des **Artikels 164** ein, der die Familien von den ehemaligen deutschen Landesherren von der Wahl zum Reichspräsidenten ausschließt. Die namentliche Abstimmung ergibt die Streichung des Artikels 164 mit 198 gegen 141 Stimmen. (Große Unruhe links).

Ferner wird auf Antrag Loebe-Groeber-Schiffer ein Artikel 169b angenommen: „Bis zum Erlaß des in Artikel 143 Absatz 2 vorgesehenen Reichsgesetzes bleibt es bei der bestehenden Rechtslage. Das Gesetz hat Gebiete des Reichs, in denen eine nach Bekenntnissen nicht getrennte Schule gesetzlich besteht, besonders zu berücksichtigen."

Auf Antrag Loebe-Koch-Groeber gelangt ein Artikel 172a zur Annahme, der bestimmt: „Alle öffentlichen Beamten und Angehörigen der Wehrmacht sind auf die Verfassung zu vereidigen. Das Nähere wird durch Verordnung des Reichspräsidenten bestimmt." Regierungskommissar Dr. Preuß hat dazu die Erklärung abgegeben, daß durch diesen Artikel die Bestimmungen über die staatsbürgerliche Freiheit der Beamten nicht geändert werden.

Zu Artikel 178 (Verabschiedung der Verfassung) gibt Abg. **Loebe** (Soz.) im Auftrage seiner Partei eine Erklärung ab, wonach verschiedene Abstimmungen im letzten Beratungsabschnitt, im besonderen die Abstimmung über die Bergwerksfrage, die Wirtschaftsräte und die Wahl der Landesherren **die Erscheinung eines gegen die Sozialdemokraten stimmenden bürgerlichen Blocks gezeitigt hatten.** Die erwähnten Abstimmungsergebnisse erweckten bei den Sozialdemokraten die schwersten Bedenken gegen die Annahme der Verfassung. Sie erteilen ihre Zustimmung zu der Verfassung nur in dem Vertrauen darauf, daß die lebendige Entwicklung stärker sein wird als die ihnen entgegenstehenden papiernen Hindernisse. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten, demonstrativer Beifall bei der Rechten). Artikel 178 gelangt danach zur Annahme.

Die Gesamtabstimmung über die Verfassung erfolgt namentlich. **Sie ergibt die Annahme der Verfassung mit 262 gegen 75 Stimmen bei einer Stimmenthaltung. Dagegen stimmt die deutschnationale Volkspartei, die deutsche Volkspartei, die unabhängige sozialdemokratische Partei.**

Ministerpräsident Bauer:

Meine Damen und Herren! Durch Ihre eben beendete Abstimmung ist die Verfassung der deutschen Republik in Recht und Gültigkeit getreten. Eine neue Zeit beginnt. Möge es auch eine bessere sein. Heute setzen wir den ersten Fuß wieder auf festen Boden nach einem fast fünfjährigen Marsch durch das Meer von Blut, Haß und Entbehrung. Wir gehören zusammen, welcher Partei und welchen Anschauungen wir auch angehören, und zusammen müssen wir das neue staatliche Leben beginnen. Nicht einmal in dieser feierlichen Stunde können wir den tiefen Riß zu verhüllen suchen, der durch unser Volk geht. Kriegs- und Friedenserlebnisse haben uns auseinander gebracht. Wir stehen in parteipolitischer Gegnerschaft, aber es ist eine Pflicht und Bedürfnis, heute auch einmal von den anderen zu sprechen. Wir sind auch Landsleute, blutsverwandte Deutsche. (Lebhafter Beifall.) Wir stehen in einer unlösbaren Schicksalsgemeinschaft, wir könnten garnicht auseinander, selbst wenn wir wollten, selbst wenn uns der Friedensvertrag nicht wie eine unlösbare Fessel zusammentriebe. Heute haben Sie in voller Freiheit einen neuen unlösbaren Vertrag geschlossen. Ich glaube an Deutschland, und Sie alle müssen an einen unvergänglichen Stern glauben. Sonst hätten wir es nicht unternehmen können, in diesen trüben Tagen des Zusammenbruchs das Werk des Aufbaues durchzuführen. (Beifall.) In diesem Augenblick steigt die Fahne der neuen Republik am Mast dieses Hauses empor. Das ist ein äußeres, manchem schmerzliches Zeichen der neuen Zeit. (Sehr wahr!) Wie unter der neuen Fahne gekämpft und gearbeitet wird, welche Gesinnung das neue Banner führen wird, darauf kommt es an. Wir alle müssen die Fahnenträger der Zukunft sein und unser Bestes tun, um den neuen Farben eine friedvolle Geschichte der Gesittung und Versöhnung zu erringen. Das Bild der Reichsfarben muß mehr sein als ein Symbol. Es kann mehr sein, möge es sein das Symbol für eine glückliche Fahrt in die wieder geöffnete Welt hinein! (Beifall.)

Minister des Innern Dr. David:

Meine Damen und Herren! Ein großes Werk, groß nach seiner Bedeutung und nach dem Maß der Arbeit, die an ihm geleistet ist, haben Sie zum Abschluß gebracht, und da gebührt ein Wort des Dankes den Männern, die in erster Reihe an dem Zustandekommen mitgearbeitet haben. Die Mitglieder des Verfassungsausschusses, die Vertreter der Landesregierungen und der Reichsregierung [illegible] weise auch die [illegible] daß eine sachlich urteilende Nachwelt eine gerechte Würdigung dieser Arbeit aussprechen wird. Besonderer Dank und Anerkennung gebührt dem Verfasser des Entwurfs, meinem Amtsvorgänger, Herrn Dr. Preuß. (Lebhafter Beifall.) Mit der Verabschiedung der Verfassung hat die Nationalversammlung die zweite große Aufgabe, die ihr gestellt war, gelöst. Die erste war die Herstellung des Friedens. Dieses Ziel eines inneren Friedens soll das Verfassungswerk in erster Linie sein. Es sei ein Friedenswerk im besten Sinne des Wortes. Das innere politische Leben unseres Volkes hat mit ihm neue Staatsrechtsformen gefunden. Die Bahn ist frei für jede gesetzliche friedliche Entwicklung. Das ist der Hauptwert einer echten Demokratie. In dem Maße, wie dieser Hauptwert von uns erkannt wird, wird sich die neue Verfassung bewähren als der stärkste Hort des inneren Friedens. Das wirtschaftliche Organisationssystem wird den feindlichen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit überwinden. Damit entfällt auch das Faustrecht als wirtschaftliches Kampfmittel. Das deutsche Volk hat als erstes den Wegweiser zum sozialen Frieden in seine Grundrechte aufgenommen. Wir haben das demokratische Wahlrecht und wir haben zum ersten Male die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Frau. Die deutsche Republik ist fortan die demokratischste Demokratie der Welt. Möge das neuzeitlich errichtete Haus dazu beitragen, das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit bei allen seinen Bewohnern zu stärken. (Beifall.)

Präsident Fehrenbach: Wir stehen am Schluß des wichtigsten Werkes der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung, auf daß wir Gottes Segen herabwünschen. (Beifall). Möge unser Volk wie in den vergangenen Tagen dem vereinten Vaterlande unter der Sonne der Freiheit aus Sorge und Not den Weg finden zu lichten Höhen, wo die Liebe zum Nächsten die menschlichen Gegensätze regelt, wo in edelstem Wettbewerb alle Kräfte angespannt sind für Bildung, Wohlfahrt und Gesittung. Das ist in der Geburtsstunde der Verfassung unser Wunsch für unser Vaterland. (Starker Beifall, Bewegung, der Beifall wiederholt sich.)

Schluß 9 Uhr. Nächste Sitzung Freitag vormittag 9 Uhr. Anfragen, Interpellationen.

Wilhelms Abdankung.

Die Alldeutschen möchten die Mine, die Erzberger hat springen lassen, wie man das strategisch nennt, durch eine Quetschmine parieren. Mehrere „nationale", darunter auch einige Danziger Blätter, veröffentlichen eine angeblich „authentische Darstellung", wie es am 9. November zur Abdankung des Kaisers gekommen ist. Sachlich bietet diese Erklärung nichts Neues, da die Darstellung sich im wesentlichen deckt mit den schon vor einiger Zeit bekanntgewordenen Veröffentlichung des Generals Graf Schulenburg.

Wenn die Monarchisten glauben, daß diese sehr umfangreiche Darstellung bei irgendeinem Menschen außerhalb ihres engsten Kreises irgendwelche Wirkung in ihrem Sinne ausüben wird, so sind sie gehörig auf dem Holzwege. In den breiten Kreisen des Volkes wird man die Darstellung nur mit lebhafter Verwunderung und Entrüstung aufnehmen. Es geht aus ihr hervor, daß im Großen Hauptquartier bis zum letzten Augenblick mit dem Gedanken des blutigen Bürgerkrieges gespielt worden ist. Namentlich Graf Schulenburg und Generaloberst v. Plessen verlangten, daß der Kaiser sich an die Spitze der Truppen stellen und Deutschland „zurückerobern" sollte, während General Gröner angesichts der Verhältnisse diesen Plan als aussichtslos bezeichnete. Die Entscheidung fiel durch das Ergebnis einer Besprechung mit 39 Generalen und Regimentskommandeuren, die nach Spa berufen worden waren, um über die Stimmung der Truppen zu berichten. Diesen waren zwei Fragen vorgelegt worden; 1. ob es möglich sein würde, daß der Kaiser an der Spitze der Truppen die Heimat im Kampf wieder erobert; 2. ob die Truppen den Kampf mit der Waffe gegen den Bolschewismus in der Heimat aufnehmen würden. Der Bericht sagt:

Die Frage 1 beantwortete ein Offizier mit ja, 15 ließen die Antwort mehr oder weniger zweifelhaft, 23 verneinten die Frage. Im Gegensatz zu den Annahmen des Generals Grafen Schulenburg hatten hierbei von der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz vier Offiziere die Beantwortung zweifelhaft gelassen, zwölf sie verneint und keiner sie bejaht. Zur Frage 2 verneinten acht Offiziere die Möglichkeit, ihre Truppen gegen den Bolschewismus einzusetzen, zwölf hielten erst eine längere Zeit der Ruhe für nötig, um durch entsprechende Aufklärung und Uebung die Truppe für solchen Kampf in die Hand zu bekommen, und 19 ließen es zweifelhaft, ob ihre Truppen ganz oder wenigstens teilweise gegen den Bolschewismus kämpfen würden.

Darauf wurde der Plan der „Wiedereroberung Deutschlands" fallen gelassen.

Der weitere Bericht schildert dann, wie Wilhelm sich bis zum letzten Augenblick an seinen Thron klammerte und durch alles Zureden von der Idee nicht abgebracht werden konnte, daß er wenigstens König von Preußen bleiben müßte. Diese Halsstarrigkeit konnte nur dadurch überwunden werden, daß der Reichskanzler Max von Baden von Berlin aus die Abdankung des Kaisers ohne jede Einschränkung — sowohl als Kaiser wie als König — und gleichzeitig den Verzicht des Kronprinzen auf die Thronfolge öffentlich bekanntgab. Vom Standpunkt des hoffnungslos vernierten Monarchisten aus allerdings ein ungeheures Verbrechen, vom Standpunkt des gesunden Menschenverstandes aus die einzig mögliche und vernünftige Tat. Jeder Mensch — auch ein Monarchist — mit der bescheidensten Einsicht mußte sich am 9. November angesichts der ganzen Situation in Berlin und im Reich sagen, daß Wilhelms Position unrettbar verloren war, daß ein Kleben am Thron ihm diesen nicht erhielt, wohl aber die Gefahr großen unnötigen Blutvergießens und schwerer Komplikationen heraufbeschwor.

Wilhelm bietet in dieser Situation genau wie in andern entscheidenden Situationen seines Lebens das Bild des hoffnungslosen Schwächlings, der sich zu einem klaren Entschluß nicht durchringen kann, er hat nicht den Mut, auf dem Thron zu bleiben, aber auch nicht den Mut, ganz zu entsagen, er findet keinen würdigen Abgang, sondern muß mit einer energischen Bewegung entfernt werden. Das Bild ist in der Tat blamabel, aber nicht für die, die den kaiserlichen Schwächling beiseite schoben, als er gehen mußte und nicht ging, sondern blamabel nur für diesen selber. Wie die Monarchisten aus diesem Sachverhalt Wasser auf ihre Parteimühlen leiten wollen, ist uns schleierhaft. Ihre Enthüllungen werden nur dazu führen, daß das deutsche Volk Wilhelm II. als den Mann im Gedächtnis behält, der drauf und dran gewesen ist, für seine persönlichen dynastischen Interessen den blutigen Bürgerkrieg zu entfesseln, nachdem er „sein Volk", statt es herrlichen Zeiten entgegenzuführen, ins tiefste Unglück gestürzt hat.

Die Lage in England.

Die grandiose Friedensfeier am 19. Juli war ein würdiger Schlußeffekt des Narrenspiels, das man dem Volk seit August 1914 aufgezwungen hat. In der Triumphprozession fehlten nicht Foch, Pershing, Beatty und Haig, und unter den Truppen war das ganze Alphabet von Amerika bis zu den Zuaven vertreten. Selbst die Griechen marschierten würdevoll mit und waren vielleicht durch die Essener Erinnerungen in der Lage, Vergleiche über die Begeisterungsfähigkeiten der deutschen und englischen Weiblichkeit anzustellen. Im Hyde-Park waren abends über 2 Millionen Menschen gedrängt, für 20000 Pfund Feuerwerk wurde verpafft und der König mischte sich unter sein Volk.

Der Tag ist jedoch nicht ohne Zwischenfälle verlaufen. In Luton kam es zu wüsten Zusammenstößen, mehrere Polizisten und Feuerwehrleute wurden schwer verletzt, erst durch einrückende Artillerie wurde die Ruhe wieder hergestellt. Das Rathaus ist völlig niedergebrannt, Geschäftshäuser wurden geplündert; der Gesamtschaden beträgt 250 000 Pfund.

In Leicester wurden Fabriken von den streikenden Färbern gestürmt, Unternehmer und Besitzer mit Steinen bombardiert.

In Newcastle brannten Warenhäuser nieder; Gesamtschaden 100 000 Pfund.

In Irland machte sich die Mißstimmung im ganzen Lande bemerkbar. Union Jacks (Fahnen) wurden heruntergeholt, schwarze Fahnen gehißt, Regierungsproklamationen mit Teer überstrichen und die üblichen Keilereien mit Polizei und Militär abgehalten.

In Dublin wurde ein Polizeisergeant durch einen Schuß schwer verletzt.

Die 320 festgenommenen Meuterer des Arbeitsbataillons in Surton sind wieder freigelassen, das Kriegsgericht wurde abgebrochen.

Die Minimum-Löhne in der Tabak-Industrie sind wie folgt festgesetzt: Arbeitszeit 48 Stunden; 55 Schilling pro Woche für Männer, 35 Schilling für Frauen. (Der Schilling hat einen Normalwert von 1, aber einen Kaufwert von etwa 4 Mark.) Die Regierung hat eine Kommission eingesetzt zur Aufdeckung der Kriegsgewinne. Vertreter der Labour Party ist der bekannte Exminister Clynes.

Die Finanzlage ist schlecht. Die durch Amerikas Kriegslieferungen eingetretene Verschuldung Englands hat den augenblicklichen tiefen Kurs des Pfundes zur Folge. Die Verschuldung wächst durch die unverhältnismäßig hohe Konsumation an Nahrung, Kleidung und Luxus gegenüber dem geringen Export. Die Produktion hat durch Streiks und kürzere Arbeitszeit arg abgenommen. Eine Rückkehr zum Normalkurs der Mark wird angestrebt, um die Zentralmächte zu bewegen, von England zu kaufen.

Die „Kultur" im Osten.

Die Polen beginnen allmählich in dem von ihnen eroberten Gebiet ihrer „Kultur" Geltung zu verschaffen. Das heißt mit andern Worten, sie machen sich an den Abbau der deutschen Kultur, die bisher dort bestand.

Die neuste Verordnung des polnischen Gouverneurs bestimmt, daß in Posen die Arbeitszeit von 8 auf zehn Stunden erhöht und der Lohn um 25 Prozent gekürzt wird. Damit sind die hauptsächlichen wirtschaftlichen Errungenschaften der Arbeiterschaft, erkämpft durch die deutschen Organisationen, ohne weiteres erledigt. Dieser Beweis von Auffassung wirtschaftlicher Kulturwerte durch die Polen berechtigt in vollem Umfang zu der Annahme, daß es bei dieser Verordnung allein schwerlich sein Bewenden haben wird, und daß den Arbeitern Posens manches durch jahrelangen, gewerkschaftlichen Kampf Erreichte wie Sand unter den Händen zerrinnen wird.

Das ist der Segen einer neuen Kultur, einer polnischen Republik. —

Eine interessante Auseinandersetzung.

Wie wir aus einem Bericht der „Leipziger Volkszeitung" entnehmen, verhandelte kürzlich eine unabhängige Parteiversammlung über den Eintritt der Unabhängigen in die sächsische Regierung. Der Referent Lipinsky führte hierbei unter anderem folgendes aus:

„Sollen wir uns aktiv an der Gesetzgebung beteiligen, oder sollen wir uns passiv verhalten? Diese Frage sei praktisch bereits durch die Beteiligung an den Wahlen gelöst. Es sei auch gelungen, in der Volkskammer die Gesetzgebung mit Erfolg zugunsten der Arbeiterschaft zu beeinflussen. Das Aktionsprogramm der U. S. P. widerspreche der parlamentarischen Betätigung nicht. Die parlamentarische Tätigkeit bedinge aber unter Umständen die Uebernahme der Verantwortung durch Teilnahme an der Regierung. Lipinsky erörterte dann weiter die Frage, wie sich die politische Lage in Sachsen nun weiter gestalten könne. Blieben die Rechtssozialisten allein in der Regierung, könnten sie sich auf keine Mehrheit in der Kammer stützen und es könnte in Kürze zu einer Auflösung der Kammer kommen. Nach den bisher bei den Neuwahlen gemachten Erfahrungen würde dann wahrscheinlich die rechtssozialistische Fraktion stärker in die Volkskammer einziehen. Aber die Unabhängigen würden auch dann gezwungen sein, mit den Rechtssozialisten zusammenzuarbeiten und mit ihnen die Regierung zu bilden. Es werde also an der ganzen Situation nichts geändert. Zusammenfassend betonte der Redner zum Schluß, es handele sich jetzt um die Entscheidung, ob wir die Arbeiterklasse in Sachsen ohne Aufgabe unserer Grundsätze zusammenfassen könnten, um auf dem Wege zum Sozialismus vorwärts zu kommen, oder ob die Selbstzerfleischung der Arbeiterschaft zum Nutzen der Bourgeoisie fortgesetzt werden solle."

Diesen Ausführungen trat die Diskussionsrednerin, Genossin Geyer, entgegen, die im Parlament nur eine kritische Tätigkeit der U. S. P. wünschte, da der Parlamentarismus ein Hemmnis für den Sozialismus sei. Von verschiedenen unabhängigen Rednern mußte sie sich aber eines besseren belehren lassen. Liebmann beispielsweise sagte:

„Von der kritischen Tätigkeit der Genossin Geyer im Parlament habe man bisher wenig gemerkt. Nachdem der Parteitag den Grundsatz aufgestellt habe, daß der Parlamentarismus benutzt werden müsse, müsse im Parlament auch praktisch im Interesse der Arbeiterschaft gearbeitet werden. Wo solle man hinkommen, wenn man z. B. im Leipziger Stadtverordnetenkollegium nur Kritik üben wolle. Die Fraktion würde sich dann lächerlich machen und jeden Kredit bei den Wählern verlieren. Die Stimmung in den Massen sei nicht so, daß man mit einer Einführung des Rätesystems in kürzester Zeit rechnen könne. Die Entwicklung gehe eben langsamer als man es wünsche. Wer sich über das Rätesystem klar sei, könne nicht glauben, daß es in einigen Wochen durchgeführt werden könne. Deshalb müsse die Partei sich des Parlamentarismus noch bedienen.

Diese Offenheit wünschen wir allen unabhängigen Agitatoren, dann würde es schnell anders werden mit der Reaktion in Deutschland.

Notizen.

Protest des Republikanischen Führer-Bundes.

Der Republikanische Führer-Bund spricht sein Befremden darüber aus, daß in den letzten Tagen in Berlin von Reichswehrtruppen in demonstrativer Weise und überflüssiger Menge schwarz-weiß-rote Fahnen zur Schau getragen werden. Nachdem die Nationalversammlung vor wenigen Tagen den Beschluß gefaßt hat, daß die Reichsfarben schwarz-rot-gold sein sollen, erscheint diese Handlungsweise als eine Demonstration gegen diesen Beschluß. Eine solche Demonstration verstößt gegen den Grundsatz, daß die Wehrmacht in einer demokratischen Republik sich den Beschlüssen des Parlaments als des Trägers der Volkssouveränität unterzuordnen hat. Durch derartige Vorfälle wird nur eine unnötige Beunruhigung in die Bevölkerung hineingetragen.

Die Gesamtkosten des Krieges.

Aus Paris wird gemeldet: „Echo de Paris" berichtet, daß Finanzminister Klotz der Friedenskommission der französischen Kammer erklärte, daß die gesamten Ausgaben für den Krieg 1006 Milliarden Franken betragen haben. Davon entfallen 700 Milliarden auf die Alliierten und 306 Milliarden auf die Zentralmächte.

Gegen den Gewaltfrieden.

Wie der „Deutschen Allgem. Ztg." berichtet wird, beschloß die sozialistische Partei Frankreichs gegen den Versailler Friedensvertrag zu stimmen.

Der Rassenkampf in Amerika.

Nach einer drahtlosen Meldung aus New York haben die Rassenkämpfe in Chicago heftig fortgedauert. Viele Personen wurden getötet. 4000 Mann Militär wurden aufgeboten, um die Ordnung wieder herzustellen. Nach einer Reuter-Meldung aus Chicago ist die Zahl der Toten bis zum 30. Juli auf 27 gestiegen, wovon 15 Neger und 12 Weiße, fast tausend Personen wurden verwundet, darunter viele tödlich.

Der bulgarische Friedensvertrag.

Ein Lyoner Funkspruch meldet über die Gestaltung des bulgarischen Friedensvertrages das Folgende:

Der bulgarische Friedensvertrag ist so ziemlich fertiggestellt. Die geforderte Schadenersatzsumme beläuft sich auf zwei bis drei Milliarden Franken. Die Südgrenze von Bulgarien ist noch nicht festgestellt, da die Griechen auf Westthrazien bestehen. So stößt Venizelos bei den Großmächten auf Widerstand, die um den Weltfrieden bemüht sind, und nicht gern eine Lage schaffen wollen, die wahrscheinlich zu neuen Konflikten führen muß, nämlich die Abschneidung Bulgariens vom Aegäischen Meer. Der bulgarische Friedensvertrag wird wahrscheinlich im französischen Ministerium des Aeußern unterzeichnet werden.

*

Gegen dem Terror fanden Donnerstag in Groß-Berlin sieben Demonstrationsversammlungen der sozialdemokratischen Partei statt. Was die Unabhängigen durch Skandalmachen, sagt der „Vorwärts", am 21. Juli mit brutaler Gewalt verhindert hatten, ist Donnerstag abend glänzend gelungen, unsere Parteigenossen veranstalteten Kundgebungen gegen den Gewaltfrieden und Imperialismus, die sich naturgemäß auch zu lebhaften Protestkundgebungen gegen Terror und Bruderkampf gestalteten.

Soziales.

Wie Direktoren und Aufsichtsräte leben.

Die Direktoren und Aufsichtsräte der Diskontogesellschaft haben sich am 3. Juni 1919 im Hotel „Adlon" in Berlin ein Essen geleistet, über das nach den Angaben des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten folgende Rechnung präsentiert wurde:

29 Gedecke a 45 Mark	1305.— Mk.
28 Flaschen 1915er Caßler Kehrnagel a 15 Mark	420.— Mk.
3 Flaschen Erdener Herzlach a 11 Mark	33.— Mk.
12 Flaschen 07er Chateau Giscouers lab. a 25 Mark	300.— Mk.
5 Flaschen Fachinger a 1.85 Mark .	9.25 Mk.
20 Prozent Weinsteuer	150.60 Mk.
29 Mokka a 3 Mark	87.— Mk.
Zigarren	148.20 Mk.
Likör	101.56 Mk.
Blumen	25.— Mk.
	2579.55 Mk.
10 Prozent Teuerungszulage .	257.95 Mk.
	2837.30 Mk.

Der Verband bemerkt dazu: „Was hier 29 am Kapitalertrag interessierte Herren der Diskontogesellschaft in knapp 2 Stunden für Mittagbrot auszugeben belieben, verlangen wir für den 20jährigen Bankangestellten als Entgelt für die Arbeitsleistung an 200 Arbeitstagen." Ja, diese Herren sind fein heraus; denn sie haben im Jahre 1917 an Tantiemen (Ertragsanteil an anderer Leute Arbeitsgewinn) die Summe von 4 840 541 Mark eingesackt. Das sind die Herren, die für Forderungen der Arbeiter und Angestellten sehr schwerhörig sind und anderen Leuten mit Vorliebe die Pflicht des Arbeitens anempfehlen.

Germinal.

Roman von Emile Zola.

101) (Fortsetzung.)

Vergebens bemühte sich Etienne eine Viertelstunde lang, ein Gespräch über Politik anzuknüpfen. Er sagte Ja, er sagte Nein und schien nicht zu begreifen. Die Kameraden erzählten, der Kapitän sei Republikaner; er selbst habe darüber keine Gedanken, es sei ihm alles gleich. Wenn man ihm zu schießen befiehlt, schießt er, um nicht bestraft zu werden. Der Arbeiter hörte ihm zu, von dem Hasse des Volkes gegen die bewaffnete Macht ergriffen, gegen diese Brüder, denen man das Herz auswechselt, indem man ihnen eine rote Hose über den Hintern zieht.

„Wie heißen Sie?"

„Jules."

„Und woher kommen Sie?"

„Aus Plogof, dorther."

Auf das Geratewohl hatte er dabei den Arm ausgestreckt. Es war in der Bretagne, mehr wußte er nicht zu sagen. Sein kleines, blasses Gesicht belebte sich und er begann zu lachen.

„Ich habe dort meine Mutter und meine Schwester. Sie erwarten mich sicherlich. Ach! es wird nicht so bald sein . . . Als ich zum Dienst einrückte, gaben sie mir bis Pont-l'Abbé das Geleit. Wir hatten vom Nachbar Lepalmec den Gaul ausgeliehen; bei der Talfahrt von Audierne hat das Tier schier die Beine gebrochen. Der Vetter Charles erwartete uns mit Würsten; aber sie blieben uns im Rachen stecken, die Weibsleute flennten zu viel. Ach, mein Gott! mein Gott! es ist gar weit bis zu uns!"

Seine Augen wurden feucht und dennoch lächelte er dabei. Der kahle Landstrich von Plogof, diese [illegible] zerklüftete, von Stürmen umtoste Spitze von Raz, sie erschien ihm im Sonnenlicht gebadet, in der rosigen Jahreszeit, da die Kleefelder in Blüte stehen.

„Sagen Sie," fragte er, „wenn ich keine Strafen habe, wird man mir nach zwei Jahren einen Monat Urlaub geben?"

Etienne sprach von der Provence, die er noch als Knabe verlassen hatte. Der Tag wurde immer heller, Schneeflocken begannen unter dem erdfahlen Himmel zu wirbeln. Und er ward schließlich von Unruhe ergriffen, als er Jeanlin bemerkte, der im Gestrüpp herumkroch, ganz erstaunt darüber, ihn dort oben zu sehen. Der Knabe winkte ihm herunterzukommen. Was nützte auch der Traum mit den Soldaten zu fraternisieren? Jahre und Jahre wären dazu notwendig; sein vergeblicher Versuch machte ihn trostlos, als ob er auf einen Erfolg gerechnet hätte. Doch plötzlich verstand er die Handbewegung Jeanlins: man kam die Schildwache ablösen. Er ging denn eilends seiner Wege, um sich wieder in der Requillart-Grube zu vergraben, wieder einmal tief bekümmert durch die Sicherheit der Niederlage; während der Knabe neben ihm herlaufend, diesen schmutzigen „Gamaschenknopf" von einem Offizier beschuldigte, dem Wachtposten zugerufen zu haben, daß er auf sie schieße.

Jules stand unbeweglich auf dem Gipfel des Hügels, die Augen in dem dicht fallenden Schnee verloren. Der Sergeant näherte sich mit seinen Leuten; die vorschriftsmäßigen Rufe wurden ausgetauscht.

„Wer da? . . . Die Losung!"

Und man hörte die schweren Tritte sich entfernen, hallend wie in Feindesland. Obgleich es immer heller wurde, regte sich nichts in den Dörfern; die Köhler verzehrten sich in stiller Wut angesichts der Soldaten, die ihnen auf dem Nacken saßen.

II.

Der Schnee fiel seit zwei Tagen; am Morgen hatte er aufgehört und nun erstarrte ein eisiger Frost das ungeheure Winterfeld; dieses schwarze Land mit den schwarzen Straßen und den mit Kohlenstaub befleckten Mauern und Bäumen war ganz weiß, von einer einzigen, endlosen Weiße. Das Dorf der Zweihundertvierzig war unter dem Schnee vergraben, gleichsam verschwunden. Kein Rauch stieg von den Dächern auf. In den Häusern gab es kein Feuer mehr; sie waren so kalt wie die Steine auf der Straße und so schmolz denn auch nicht die dicke Schneeschichte, die auf den Dächern lag. Das Dorf glich einem Viereck von weißen Fliesen in der weißen Ebene; es war gleichsam das Gespenst eines toten Dorfes, in sein Laken eingehüllt. Die Militär-Patrouillen allein ließen in den Straßen die kotigen Spuren ihrer Tritte zurück.

Im Hause der Maheu war gestern die letzte Schaufel Kohlenstaub verbrannt; an eine Nachlese auf dem Hügel war nicht zu denken in diesem furchtbaren Wetter, wo selbst die Spatzen keinen Strohhalm mehr fanden. Alzire in ihrem Eigensinn hatte mit ihren armen Händchen in dem Schnee herumgewühlt und sich dabei krank gemacht. Ihre Mutter hüllte sie in eine alte Decke, bis der Doktor Vanderhaghen kommen würde, den sie schon zweimal gesucht hatte, ohne ihn zu finden. Die Magd hatte versprochen, der Arzt würde noch vor dem Abend nach dem Dorfe kommen und nun stand die Mutter am Fenster und spähte auf die Straße hinaus, während die Kleine, die nicht oben hatte bleiben wollen, auf einem Sessel neben dem kalten Ofen fror und sich einbildete, es sei hier besser. Der alte Bonnemort, den es wieder in den Beinen gepackt hatte, saß ihr gegenüber und schien zu schlafen. Weder Lénore noch Henri waren heimgekehrt; sie trieben sich mit Jeanlin bettelnd auf den Straßen herum. Maheu allein ging mit schweren Tritten in der Stube auf und ab, jedesmal an die Mauer stoßend, mit der Blödigkeit eines Tieres, das seinen Käfig nicht mehr sieht. Auch das Petroleum war zu Ende gegangen; aber der Widerschein des Schnees erhellte trotz der Nacht die Stube mit einem fahlen Lichte.

Jetzt gab es draußen ein Geklapper von Holzschuhen; die Levaque stieß ungestüm die Tür auf und schrie von der Schwelle der Maheu zu:

„Also du bist es, die gesagt hat, daß ich meinen Zimmerherrn zwinge, mir zwanzig Sous zu geben, so oft er mit mir schläft?"

Die Andere zuckte die Achseln.

„Laß mich in Frieden; ich habe nichts gesagt . . . Und wer überhaupt hat dir dies gesagt?"

„Man hat mir erzählt, daß du es sagtest. Du brauchst nicht zu wissen, wer . . . du sollst außerdem noch gesagt haben, daß du es sehr wohl hörst, wenn wir hinter der Wand unsere Schweinereien treiben und daß sich bei uns der Dreck anhäuft, weil ich immer auf dem Rücken liege . . . Wagst du noch zu leugnen, daß du all das gesagt hast? . . ."

Der unaufhörliche Klatsch der Weiber führte jeden Tag solches Gezänk herbei. Besonders zwischen den Familien, die Tür an Tür wohnten, waren die Entzweiungen und Wiederversöhnungen alltäglich. Aber noch niemals hatte eine so arge Bosheit sie gegen einander losgehen lassen. Seit dem Streik trieb der Hunger den Groll zum Aeußersten, man hatte das Bedürfnis, sich zu prügeln; eine Auseinandersetzung zwischen zwei Klatschbasen endigte mit einer blutigen Rauferei zwischen ihren Männern.

Eben kam auch Levaque an, den Bouteloup mit Gewalt herbeischleppend.

„Da ist der Kamerad; er soll einmal sagen, ob er meinem Weibe zwanzig Sous gegeben hat, damit sie mit ihm schlafe."

Der Mieter verbarg seine Verlegenheit hinter seinem großen Barte und stammelte:

„O nein . . . Nichts . . . Niemals! . ."

(Fortsetzung folgt.)

Humor und Satire.

Der Schieber. Herr Huber verschob Fleisch in den unmöglichsten Packungen: in Ofenröhren, Klavieren, Zylindermotoren und — Särgen. Aber ausgerechnet der Sarg wurde ihm hopp genommen.

„Sie behaupteten," sagte der Mann im Wucheramte streng, „in dem Sarg sei eine Leiche. Herr, es war ein geschlachtetes Schwein darin!"

„Is dös etwa keine Leich?" sagte Herr Huber. („Jugend.")

An die landflüchtigen Millionäre.

Die Heimat wird euch, wie es scheint, zu teuer,
Drum dreht ihr nach dem Ausland euer Steuer.
Wie aber mahnt der große Dichtersmann?
Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an!

Lokales.

Die Steuern.

Allgemeine Unruhe herrscht unter der Arbeiterschaft über die Höhe der Steuerveranlagung. Es wird bei der Steuereinschätzung wie üblich nach dem bekannten Schema verfahren. Wer neunhundert Mark Einkommen hat, bezahlt soviel, bei tausend Mark Einkommen entsprechend mehr. Da die Löhne der Arbeiterschaft um ein erhebliches gestiegen sind, so sind auch die Steuersätze dementsprechend in die Höhe gegangen. Der Mehrverdienst des Arbeiters rechtfertigte sich durch die hohen Lebensmittel- und sonstige gestiegenen Lebenshaltungspreise. Es ist in den meisten Fällen verbraucht worden. Wenn nun aber die Steuerrechnung kommt mit der gewaltig angeschwollenen Rechnungssumme, so ist es wohl erklärlich, daß dadurch Unruhe in die Bevölkerung getragen wird. Dazu kommt noch die späte Herausgabung der Steuereinschätzungen durch den Magistrat, daß zwei Vierteljahrrechnungen kurz hintereinander bezahlt werden müssen. Da, wie schon erwähnt, in den meisten Fällen der Arbeitslohn verbraucht, der größte Teil der Bevölkerung aber nicht in der Lage ist, die beiden Steuerrechnungen so kurz hintereinander zu bezahlen, so wäre es wünschenswert, daß der Magistrat Vorkehrungen treffen würde, die, wenn auch nicht eine Zurückversetzung in eine niedrigere Steuerklasse, so doch zumindest eine Zahlungserleichterung in Form von monatlichen Abschlagszahlungen vorsieht.

Steuern werden wir zahlen müssen mehr denn je. Darüber sind wir uns alle klar. Aber es könnte durch eine Erleichterung der Zahlung viel Mißmut aus der Welt geschafft werden und der Magistrat würde zeigen, daß er sich neuzeitlich zu orientieren versteht und nicht allzusehr mehr am heiligen Bureaukratismus krankt.

•

Ueber die Gemeindeeinkommensteuer hat die Preußische Landesversammlung am 4. Juni ein Gesetz erlassen, dessen einzigen Paragraphen wir seiner Wichtigkeit wegen nach einmal im Wortlaut bringen. Es heißt dort:

Die Gemeinden können durch Beschluß die Gemeindeeinkommenbesteuerung für das Rechnungsjahr 1919 ausnahmsweise abweichend von den Bestimmungen des § 87 des Kommunalabgabengesetzes so regeln, daß die steuerpflichtigen natürlichen Personen zu den Gemeindezuschlägen nach einem Tarife herangezogen werden, der in seinen Sätzen bei Einkommen

von mehr als	bis einschl.	bis zu
900	1050 Mk.	100 %
1050	1200	100 %
1200	1350	100 %
1350	1500	100 %
1500	1650	90 %
1650	1800	80 %
1800	2100	70 %
2100	2400	60 %
2400	2700	50 %
2700	3000	40 %
3000	3300	30 %
3300	3600	20 %
3600	3900	10 %

hinter den gegenwärtigen Tarifsätzen zurückbleibt, und daß dafür die steuerpflichtigen Einkommen mit einem Einkommen von mehr als 6500 Mark nach einem Tarife herangezogen werden, dessen Sätze die gegenwärtig geltenden überschreiten, dabei jedoch nicht über die im § 1 des Gesetzes vom 8. Juli 1916 für die natürlichen Personen vorgesehenen Zuschlagsprozente hinausgehen.

Das durch die stärkere Heranziehung der höheren Einkommen entstehende Mehr an Steuer soll den Ausfall, der durch die Entlastung der niederen Einkommen einschließlich etwa eintretender Zinsausfälle und Mehrkosten sowie durch den etwaigen Verzicht auf die Heranziehung der Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von nicht mehr als 900 Mk. entsteht, nicht überschreiten.

Demgemäß kann Befreiung von der Gemeindeeinkommensteuer eintreten bei Einkommen bis 1500 Mark, bei Einkommen von 1500—3900 kann die Steuer stufenweise um 90 bis 10 Proz. ermäßigt werden, für die Steuerstufe 3900—6500 Mk. gelten die Normalsätze, für das Einkommen von mehr als 6500 Mk. können höhere als die Normalsteuersätze erhoben werden, jedoch nicht über die im Steuergesetz vom 8. Juli 1916 vorgesehenen Zuschlagprozente, die in der Stufe 6500—8000 Mark 25 Proz. in der Stufe 8000—9500 Mk. 30 Proz. betragen, dann mit je weiteren 3000 Mark um 5 Proz. steigen bis 65 Proz. in der Stufe 27 500—30 500 Mk., in den Stufen 30 500—48 000 Mk., und 48 000—60 000 Mk. 70 und 75 Proz., und dann bei je weiteren 10 000 Mk. um 10 Proz. bis 100 Proz. bei Einkommen von 100 000 Mk. und mehr steigen.

Bedauerliche Zersplitterung.

Im Restaurant Artushof fand gestern eine Versammlung der Angestellten-Verbände und der Angestellten-Vertreter aller staatlichen und militärischen Betriebe statt, in welcher zu den kommenden Wahlen im Freistaat Danzig Stellung genommen wurde. Regierungshilfsarb. Heerdegen erklärte in seinem einleitenden Referat, daß die politischen Parteien die große Schicht der Angestellten bisher nicht genügend beachtet haben. Die Angestellten wollen sich aber nicht mehr achtlos beiseite schieben lassen und sie wollen deshalb versuchen, als Angestellten-Partei selbst in den Wahlkampf zu ziehen. Der Vertreter des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes Senftleben schloß sich den Ausführungen des Referenten an. Der Verfassungsausschuß sei keine Vertretung der Bürgerschaft Danzigs. Die bürgerlichen Parteien hätten überhaupt keine Angestellten dorthin entsandt und auch die Sozialdemokratie habe die große Schicht der Angestellten nur mit einem Vertreter berücksichtigt. Redner brachte eine Entschließung ein, in der die Auflösung des Verfassungsausschusses und die Ausschreibung von Neuwahlen gefordert wurde. Gen. Loops erklärte, daß die Angestellten es zu einem großen Teile selbst verschuldet hätten, wenn sie heute in den politischen Parteien nicht die ihnen gebührende Beachtung fänden. Die kleine Gruppe der gewählten Angestellten-Vertreter würde im Parlament einflußlos sein. Die notwendige politische Aufklärung der Angestellten würde durch die neue Gründung nur Schaden leiden. Die Entschließung Senftleben wurde gegen 3 Stimmen angenommen. Eine spätere Versammlung soll sich mit den weiteren Vorarbeiten für die Wahl beschäftigen.

Wie sie es gerne möchten.

Im katholischen Vereinshause in Altschottland haben die Polen am Donnerstag in einer Versammlung des polnischen Volksvereins offen reinen Wein über ihre Wünsche auf Danzig eingeschenkt. Eine Entschließung, die sie faßten, besagt, daß als Hauptstadt der Wojewodschaft Pommerellen einzig und allein Danzig in Frage käme. Die Warschauer Regierung müßte die Schwierigkeiten, die demnach den Bestimmungen des Friedensvertrages entgegenständen, aus dem Wege räumen. Wir begrüßen diese Offenheit. Es kämpft sich besser mit offenem Visier. Um den tatsächlichen Prozentsatz Danziger Polen von 3 Proz. doch wenigstens auf 15 Proz. zu erhöhen, sollen bei der bevorstehenden Volkszählung Frauen und Kinder, mögen sie auch selbst deutscher Nationalität sein, als Polen bezeichnet werden. Für uns, die wir der Arbeiterschaft angehören, ist es noch recht interessant zu hören, daß die sogenannte polnische „Arbeiterpartei“, die nachher im gleichen Saal eine Versammlung abhielt, alle die vorher gefaßten Beschlüsse aufnahm und aus sich heraus anerkannte.

Grundsätze für das Wohl der Kleinsten während der heißen Monate.

1. Das Zimmer kühl halten, fleißig lüften, ohne das Kind der Zugluft auszusetzen, Fußboden häufig feucht wischen. Bei sonnigen heißen Tagen Vorhänge zu, bei Nacht Fenster offen. Das Kind muß das kühlste Plätzchen in der Wohnung haben. Keine weite Fahrten während der heißen Zeit!

2. Das Kind leicht zudecken. Leichte Kleidung und leichtes Bettzeug (auch im Freien)! Keine Federbetten! Bei großer Hitze Kind nur ganz leicht zudecken. Täglich lauwarm baden, abends und bei großer Hitze öfter am Tage waschen!

3. Brustkinder widerstehen der Hitze am besten. Nur alle 4 Stunden anlegen, nachts nicht! Unter keinen Umständen darf jetzt abgestillt werden!

4. Bei Flaschenkindern größte Vorsicht in der Ernährung! Ja nicht überfüttern! Alle 4 Stunden Nahrung reichen, nachts nicht. Kuh- oder Ziegenmilch muß frisch sein. Nach Bezug sofort abkochen. Die für 24 Stunden nötige Nahrungsmenge gleich bereiten, in Flaschen abfüllen und Flaschen kühl stellen!

5. Gegen Durst gebe man dünnen lauwarmen Tee.

6. Bei Durchfall, selbst beim geringsten Unwohlsein sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen! Die Milch augenblicklich fortlassen und dem Kinde nur dünnen Fenchel- oder schwarzen Tee reichen bis zum Eintreffen des Arztes. Mit der Verabreichung von Milch beginne man erst, wenn der Arzt seine Zustimmung gegeben hat. Jede, auch die anscheinend leichteste Krankheit kann in der heißen Zeit binnen wenigen Stunden einen tödlichen Ausgang nehmen. Durchfall ist nicht auf Zahnung zu schieben.

Rat und Auskunft wird den Müttern unentgeltlich durch die städtische Mütterberatung gegeben.

Wo kommt der Zucker her?

Es ist geradezu erstaunlich, wieviel Bonbons man jetzt an fast jeder Straßenecke kaufen kann, während das den Haushaltungen zugewiesene Quantum nur knapp reicht. Hier muß etwas nicht in Ordnung sein. Es würde sich sicher lohnen, von behördlicher Seite die Fabrikation bezw. den wilden Handel mehr als bisher zu überwachen.

Achtung! Jeder Genosse muß an der heutigen Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins in der Aula der Petrischule am Hansaplatz teilnehmen. Anfang pünktlich sechs Uhr.

Abgabe von Fleisch, Käse und Butter.

Mg. In der heutigen Nummer unserer Zeitung ruft der Magistrat die Marken 81 und 81K der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder zum Bezuge von je ¼ Pfund Halbfettkäse zum Preise von 2,55 Mark für das Pfund oder ½ Pfund Harzerkäse oder ½ Pfund Speisequark auf. Ferner werden 100 Gramm Inlandsfleisch, 125 Gramm Auslandsfleisch und 125 Gramm Butter zum Verkauf an die Bevölkerung aufgerufen.

Ausgabe der Brot-, Mehl- und Einfuhrzusatzkarten.

Die Brot- und Mehlkarten werden diesmal gegen Abgabe der Hauptmarke Nr. 129 ausgegeben. Gleichzeitig mit den Brot- und Mehlkarten werden die Einfuhrzusatzkarten zur Ausgabe gelangen. Die Inhaber der Einfuhr-Zusatzkarten haben unverzüglich die Karten den Butterhändlern und Fleischern, bei denen sie zum Bezuge von Butter bezw. Fleisch angemeldet sind, vorzulegen. Eine Anmeldung bei den Mehlhändlern findet nicht statt. Die genannten Händler haben in das für sie bestimmte Feld der Karten ihren Firmenstempel zu setzen. Das Nähere ergibt die Bekanntmachung

Fruchtsirup.

Mg. Die bei den Händlern verbliebenen Reste von Fruchtsirup können zu dem vorgeschriebenen Preise von 1,50 Mark für das Pfund markenfrei verkauft werden.

Postscheckamt Danzig. Wie das Vorsteheramt der Kaufmannschaft mitteilt, sind aussichtsreiche Verhandlungen im Gange, die Einrichtung eines Postscheckamtes in der freien Stadt Danzig zu erhalten.

Die Entente-Marinekommission hat am Donnerstag vormittag die hiesigen Werften besichtigt. Die Offiziere, vier Engländer und zwei Franzosen, trafen gegen 9 Uhr auf der Reichswerft ein und nahmen dort die Handelsdampfer in Augenschein. Danach begaben sie sich zur Schichauwerft, wo der Lloyddampfer Columbus und die auf Stapel liegenden Handelsdampfer besichtigt wurden.

Eine polnische Bank. Die bisher in einem Haus am Holzmarkt untergebrachte, polnische Bank Zwiazku Spolek Zarobkowych hat die Grundstücke 1. Damm 22/23, dem Fräulein Albertine Stöhr in Berlin gehörig, für 136 000 Mk. erworben.

Mg. **Entlassungspflicht für Arbeitnehmer aus der Landwirtschaft.** Die Ernte steht vor der Tür. Infolge widriger Witterung drängt sie sich auf einen besonders kurzen Zeitraum zusammen und erfordert weit mehr Arbeitskräfte als in anderen Jahren. Vor allem gehören jetzt die eigentlichen Landarbeiter auf das Land. Der Demobilmachungsausschuß für das Danziger Wirtschaftsgebiet hat bereits Anfang Mai eine Verordnung erlassen, nach der alle Personen, die bei Kriegsausbruch oder später als Arbeiter oder Arbeiterinnen in der Landwirtschaft tätig waren, unverzüglich zu entlassen sind. Soweit solche Arbeitskräfte noch in nichtlandwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt sind, muß ihre Entlassung sofort erfolgen, damit sie bei der Bergung der Ernte helfen können. Wer solche Personen weiter beschäftigt oder gar neu einstellt, wird zur Verantwortung gezogen werden. Die Strafe, die ihn trifft, wird schwer, aber wohlverdient sein. Uebertretungsfälle sind dem städtischen Arbeitsamt zu melden.

Die Preisprüfungsstellen. Die in den ersten Kriegsjahren in Danzig vom Magistrat errichteten Preisprüfungsstellen und der große Arbeitnehmerausschuß, der seit Ausbruch der Revolution erst einmal getagt hat, sollen jetzt eine Umgestaltung und andere Zusammensetzung erfahren.

Schulbeginn in den Volksschulen um 8 Uhr. Das Kartell der christlichen Gewerkschaften hat in zwei Eingaben an die städtische Schulverwaltung ersucht, den Unterrichtsbeginn von 7 auf 8 Uhr zu verlegen. Wie Stadtschulrat Dr. Strunk mitgeteilt hat, wird nach den Ferien diesen Wünschen entsprochen werden.

Ertrunken ist die 14jährige Tochter des Schmieds Friedrich Kamrad aus Weichselmünde, die versucht hatte, an der Dampferanlegestelle Weichselmünde von einem Dampfer abzuspringen, der sich schon in Bewegung gesetzt hatte, dabei aber fehlsprang und unter den Dampfer geriet.

Wer kennt den Toten? In Berlin ist am 27. Juli die Leiche eines erschossenen unbekannten Mannes aufgefunden worden. Es soll sich um einen Paul von Lipinski, angeblich aus Danzig, handeln. Der Betreffende ist 30—35 Jahre alt, 171 Zentimeter groß, hat blondes Haar, gestutzten blonden Schnurrbart, blaue Augen, schmale geradlinige Nase. Die Zähne sind lückenhaft. Auf dem rechten Unterarm ist ein Frauenkopf tätowiert, rechts daneben ein Anker, auf dem linken Unterarm eine Dame mit übereinander geschlagenen Armen auf einem Ball stehend. Bekleidet war der Mann mit einem braun und schwarz gestreiften Anzug, einem grauen weichen Filzhut, einem weißen Oberhemde, weichem weißem Umlegekragen mit blau-braun punktierten Selbstbinder; er trug graue Militärunterhose, Makkohemde, blau-weiß geringelte Strümpfe, schwarze Schnürschuhe. — Die Eltern des Erschossenen sollen in Danzig wohnen. Angehörige wollen sich an das „Kommissariat zur Sicherstellung der Leichen“ in Berlin NW. 6, Hannoverschestraße 6, wenden.

Stadtmissionschor. Die Danziger Stadtmission beabsichtigt nach längerer Pause, vielfachen Wünschen entsprechend, ihren Stadtmissionschor wieder ins Leben zu rufen. Die Uebungen werden jeden Montag abends 8 Uhr in der Danziger Schreibstube, Hundegasse 87, 2 Tr., abgehalten. Hoffentlich finden sich außer den alten, treuen Mitgliedern recht viel neue sangesfreudige Kräfte, Herren und Damen, die bereit sind, sich gleichfalls dabei zu betätigen. Die erste Uebungsstunde findet am Montag, den 4. August, statt. Chordirigent ist Organist Edel. (S. auch die heutige Anzeige.)

Tom Jack will sich in seiner Kunst dieser Tage den Danzigern zeigen. Wer Tom Jack ist? Ein Isländer mit einer riesigen semmelblonden Mähne, der sich im wahrsten Sinne des Wortes aus allen Schlingen zu ziehen weiß, ein Entfesselungskünstler, der auch dem gewiegtesten Kriminalisten ein Schnippchen schlägt. Vor Jahren hat er durch den waghalsigen Sprung von der Weidendammer Brücke in Berlin, den er mit in Ketten geschlossenem Körper ausführte, das Aufsehen aller Fachleute und Laien erregt. Seitdem hat er sich in allen großen Städten der Welt gezeigt, in Paris, in Petersburg, Moskau, London usw. In letzterer Stadt hatte er eine Zuschauermenge von 40 000 Personen um sich. Ehe Tom Jack seine Vorführungen für die Oeffentlichkeit beginnt, zu denen er einen eigenen Bau gegenüber dem Wilhelmtheater aufschlägt, wird er den Kriminalbeamten Danzigs in einer Sondervorstellung die Mängel der alten und die Vorzüge einer neuen Fesselungsweise vorführen. Tom Jack gehen die günstigsten Pressebesprechungen aus der ganzen Welt voraus.

Raummangels wegen müssen wir den eingehenden Bericht über die Sitzung des Ernährungsamtes, die weitgehende Maßnahmen zur Besserung der Fischversorgung beschloß, vorläufig zurückstellen.

* **Polizeibericht** vom 1. Aug. Eingeliefert: 9 Personen, darunter 4 wegen Diebstahls, 1 wegen Hehlerei, 3 wegen Trunkenheit, 1 in Polizeihaft. Gefunden: 1 Quittungskarte und Papiere für Frau Viktoria Mettel; 1 Portemonnaie mit Geld und Ausweis für Frl. Else Braunschweig; abzuholen aus dem Fundbureau des Polizeipräsidiums. 1 Paar gelbe Kinderseglertuchschuhe mit Strümpfen, abzuholen von O. Felix, Faulgraben 8. 1 goldene Damenuhrkette, abzuholen aus dem Fundbureau der Polizeiverwaltung in Zoppot.

Wasserstandsnachrichten am 1. August 1919.

	gestern	heute		gestern	heute
Thorn	+ 4,08	+ 3,92	Piekel	+ 4,79	+ 4,90
Fordon	+ 3,96	+ 3,82	Dirschau	+ 4,88	+ 5,08
Culm	+ 3,96	+ 3,88	Einlage	+ 3,60	+ 3,67
Graudenz	+ 4,09	+ 4,07	Schiewenhorst	+ 3,12	+ 3,18
Kurzebrack	+ 4,37	+ 4,43	Wolfsdorf	— 0,14	— 0,22
Montauerspitze	+ 4,51	+ 4,64	Anwachs	+ 1,05	+ 0,97

Aus den Ostprovinzen.

Thorn. Räubereien der Grenzschützler greifen hier um sich. Etwa 60 Kavalleristen drangen nach der „Presse“ in die Obstplantage Weißhof ein und plünderten die Obstbäume. Auch an den beiden vorhergehenden Tagen war der Garten von kleineren Abteilungen geplündert worden. Der Obstgärtner war machtlos.

Königsberg. Hier wird sich demnächst ein hochpolitischer Prozeß abspielen. Es handelt sich um eine Beleidigungsklage Batockis gegen den Herausgeber der „Deutschen Aufgaben“, Ewald Beckmann, dessen Artikel zum schnellen Rücktritt Batockis beigetragen haben soll.

Hohensalza. Ein ständiges polnisches Theater ist nach den „N. Wpr. M.“ in Hohensalza eröffnet worden.

Aus aller Welt.

Gehobene deutsche Schiffe in Scapa Flow.

21 Schiffe der deutschen Flotte, die in Scapa Flow versenkt wurde, sind gehoben worden und man erwartet ihre Ueberführung in die Trockendocks. Es handelt sich um den Kreuzer Baden, die leichten Kreuzer Bremen, Frankfurt und Nürnberg und 17 Torpedoboote. Das einzige Schiff, das bis jetzt zu heben unmöglich war, ist der Hindenburg, von dem man noch die Masten und die Schornsteine über das Wasser ragen sieht. Es würde eine sehr schwere Arbeit sein, auch dieses Schiff zu heben, und die Friedenskonferenz wird erst darüber Beschluß fassen, ob man diese Arbeit übernehmen soll. Alle anderen Schiffe sind im tiefen Wasser versunken und man verzichtet darauf, sie zu heben. Insgesamt bleiben also 53 deutsche Schiffe auf dem Meeresgrunde.

Die merkwürdige Heilung

eines englischen Artilleristen, der in Ypern vor 2 Jahren im Kampfe gelähmt worden war und das Gedächtnis verloren hatte, wurde dieser Tage in einer Versammlung von Aerzten in London erörtert. Der Soldat konnte sich durchaus nicht erinnern, was vorgegangen war, als die Lähmung eintrat. Ein Arzt begann nun eine [illegible] Kur und forderte ihn während der Behandlung auf, sein Erlebnis in Ypern genau zu schildern, worauf der Soldat tatsächlich auseinandersetzte, wie der Vorfall gewesen war. Es zeigte sich, daß er völlig unter dem Einfluß starker Gemütserregungen, von Angst und Schrecken gestanden hatte. Als er wieder erwachte, hatte das Zittern des Armes, das vorher sehr stark gewesen war, aufgehört und es kehrte auch nicht zurück. Er konnte sich nun auch an den Zwischenfall von Ypern in wachem Zustande klar erinnern, sein Gedächtnis war wiedergekehrt und er war überhaupt wieder normal.

Parteinachrichten.

Die deutschen Delegierten im Sozialistenkongreß.

Zur internationalen Sozialistenkonferenz in Luzern, die am 1. August beginnt, entsendet die Sozialdemokratische Partei Deutschlands als ihre Vertreter den Parteivorsitzenden Otto Wels und Hermann Molkenbuhr. Von der Unabhängigen Sozialdemokratie werden, wie die „V. V. N.“ hören, u. a. die beiden Vorsitzenden Hugo Haase und Crispien, ferner Kautsky und Oskar Cohn nach Luzern reisen.

Eingegangene Druckschriften.

Warum mußten wir nach Versailles?

Diese kleine Schrift Oskar Müllers — Verlag von Reimar Hobbing in Berlin — faßt in gedrängtester Form die politischen Ereignisse in den drei letzten Kriegsjahren in eindrucksvoller Weise zusammen und bringt eine Menge neues Material zur Geschichte der Behandlung der Friedensfrage und der innerpolitischen Kämpfe in dieser Zeit.

In zwingender Schärfe weist der Verfasser die schwere Schuld der Alldeutschen und Konservativen nach, die durch ihre unsinnige innere Politik, die sich gegen jedes Zugeständnis an die Demokratie stemmte, die innere Widerstandskraft des Volkes gelähmt und die nach außerhin im Bunde mit den ihnen nahestehenden hohen Militärs jede Anbahnung von Friedensmöglichkeiten immer wieder verhinderten.

Die im Anhang des Werkes veröffentlichten Dokumente, das Schreiben des Münchener päpstlichen Nuntius an den damaligen Reichskanzler Dr. Michaelis und dessen kühl ablehnende Antwort auf diesen aussichtsreichen Friedensvermittelungsvorschlag beleuchtet diese Tatsachen aufs schärfste. Ganz besonders treten in der Darstellung auch die verhängnisvollen Folgen der politischen Blindheit der führenden militärischen Stellen hervor. Hat sich doch die Oberste Heeresleitung noch Ende August 1918, also nach der großen deutschen Niederlage im Westen, zäh geweigert, die alten Kriegsziele, insbesondere den Anspruch auf die belgischen Garantien, fallen zu lassen, und hat sie doch durch ihre Gleichgültigkeit den Abfall Bulgariens direkt gefördert.

Oskar Müller beantwortet die Frage: „Warum mußten wir nach Versailles?“ ganz kurz: „Weil wir geschlagen waren und weil wir nicht verstanden, den Frieden zu schließen, als wir dies unbesiegt noch hätten tun können.“

Verantwortlich für Redaktion: Ernst Loops; für Inserate: Bruno Ewert; Verlag: J. Gehl u. Co.; Druck Fuchs u. Cie. in Danzig.

Amtliche Bekanntmachungen.

Abgabe von Fleisch, Käse und Butter.

I. Für die laufende Woche kommen zur Ausgabe:
a) 100 Gramm Fleisch und Wurst, auf Kinderkarten die Hälfte.
b) auf Marke C der Einfuhrzusatzkarte unter Vorlegung der Fleischzusatzkarte 125 Gramm amerikanisches Schweinefleisch zum Preise von 4,16 Mk. für das Pfund.

Hotel- und Reiseverkehr ist von der Belieferung mit Schweinefleisch ausgeschlossen; Fremdenmarken werden daher nicht beliefert. Desgleichen sind die Selbstversorger von dem Bezuge des Schweinefleisches ausgeschlossen.

II. Von Sonnabend, den 2. August an, berechtigen bis auf weiteres neben den Marken 25 und 25 K der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder auch die Marken 31 und 31 K der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder zum Bezuge von je ¼ Pfund Halbfettkäse zum Preise von 2,65 Mk. für das Pfund, oder ½ Pfund Harzer Käse oder ½ Pfund Speisequark, je nach Vorrat in den Geschäften.

Die Marken 10 und 10 K der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder verlieren am Mittwoch, den 6. August ihre Gültigkeit.

Die Geschäfte, die Käse zum Verkauf stellen können, haben dies durch Aushang bekanntzugeben.

Die vereinnahmten Marken haben die Geschäfte unverzüglich nach Belieferung (die rückständigen sofort) der Molkereiabteilung, Töpfergasse 25, einzureichen.

III. Von Sonnabend, den 2. August an, werden auf die Marke 3 der Speisefettkarte 125 Gramm Butter ausgegeben. (9994)

Danzig, den 1. August 1919.
Der Magistrat.
Die Beauftragten des Vollzugsausschusses.

Ausgabe der Brot-, Mehl- und Einfuhrzusatzkarten.

1. Die Brot- und Mehlkarten werden diesmal gegen Abgabe der Hauptmarke Nr. 129 ausgegeben. Gleichzeitig mit den Brot- und Mehlkarten werden die Einfuhrzusatzkarten zur Ausgabe gelangen. Die Hauptmarke Nr. 129, die für 2 Personen ausgestellt ist, berechtigt zur Empfangnahme von zwei Einfuhrzusatzkarten. Im übrigen ist auf jede Hauptmarke Nr. 129 je eine Einfuhrzusatzkarte auszuhändigen.

Die Haushaltungsvorstände haben auf den Stamm der Einfuhrzusatzkarte ihren Namen und die Wohnung mit Tinte oder Tintenstift aufzuschreiben. Karten, auf denen diese Aufschrift fehlt, dürfen nicht beliefert werden.

Die Militärpersonen, die von den [illegible] regelmäßig Brotkarten erhalten, erhalten die Einfuhrzusatzkarten bei der Anforderung der Brotkarte in der Nahrungskartenstelle.

2. Die Inhaber der Einfuhrzusatzkarten haben unverzüglich die Karten den Butterhändlern und Fleischern, bei denen sie zum Bezuge von Butter oder Fleisch angemeldet sind, vorzulegen. Die Händler haben in dem für sie bestimmten Felde der Karte ihren Firmenstempel zu setzen.

Einer Anmeldung bei den Mehlhändlern bedarf es nicht.

3. Die vereinnahmten Hauptmarken Nr. 129 sind von den Händlern in der Zeit von Donnerstag, den 7. bis Sonnabend, den 9. August, der Nahrungskartenstelle, Pfefferstadt 33/35, Vordergebäude, 1 Tr. im Saal, Stelle 11, einzureichen. (9094)

Danzig, den 1. August 1919.
Der Magistrat.
Die Beauftragten des Vollzugsausschusses.

Auf Grund der Verordnung vom 28. Juli 1919, betr. Ankaufs von Schlachtpferden und deren Verwertung (Danziger Intelligenzblatt Nr. 169) sind folgende Pferdeschlächter zum Ankauf von Pferden sowie zum Kleinverkauf des Fleisches zugelassen:

1. Artur Franke, Poggenpfuhl 93.
2. Robert Neumann, Heilige Geistgasse 5.
3. Hermann Fromm, Altstädt. Graben 45.
4. Karl Münz, Tischlergasse 38.
5. Joh. Münz, Rammbau 38.
6. Amos, Neufahrwasser, Fischmeisterweg 10.
7. Anton Czeslick, Heubude, Dammstraße 33.

Danzig, den 1. August 1919. (9094)
Der Magistrat.
Die Beauftragten des Vollzugsausschusses.

Zum Dominik! Täglich Langgarten 88: Grösster Vergnügungspark.

Ab 3. August: Ab 3. August:
Attraktionen, Vergnügungen aller Art.

Varieté Wintergarten
Direkt. Arthur Löwinsohn. Danzig

8½ 8½

Ab heute der neue große Spielplan!

Jede Nummer eine Sensation!

Frank Bergmann
in seiner Demandt.-Szene „Der Schillsche Husar."

Wang-Chio-Tsching
5 Original Chinesen. 5

Oure u. Partner
Radspiele am Strande.

3 Cartellas
Fangkünstler mit ihrem Hund „Bischu".

Fred Steffin
Dressurakt mit 4 Zwerg-Ponys und Hunden.

4 Original Waldemars
Akrobatische Neuheit.

2 Bennos
Exzentrische Neuheiten.

Erry u. Merry
Moderne Tänze.

Vorverkauf bei Gebr. Freymann, Kohlenmarkt, beim Portier im Hotel „Norddeutscher Hof" und im Wintergarten.

P.T Passage-Theater
Vormals Lichtspielhaus Kohlenmarkt Nr. 14–16. Fernruf 1841.

Ab Freitag, den 1. August,
Der langersehnte Kunstfilm! Fedor von Zobeltitz' Meisterwerk

Eine junge Dame von Welt!

Sensations-Drama in 6 Akten nach Motiven des gleichnamigen Romans von **Fedor von Zobeltitz.**
In der Haupt- und Titelrolle die große Filmkünstlerin
Mady Christians.

Ferner im Programm
Franz Hofer's Grand-Werk
„Die Heimat"
Großes Schauspiel in 4 Akten in der Hauptrolle der populäre Künstler
Werner Krauss.

Die Ansicht dieses Programms ist ein Kunstgenuss!

Lichtbild-Theater Langenmarkt Nr. 2.

„Lola Montez"
Nach dem gleichnamigen Drama von Adolf Paul in 5 Akten mit
Leopoldine Konstantin und **Alfred Abel**
außerdem:
Aus dem Tagebuch einer Schauspielerin
Amerikanisches Sensations-Drama in 5 Akten.
Anfang täglich 3 Uhr.

Der Mangel an orientalischem Tabak zwingt uns,

den Betrieb unserer Zigaretten-Fabrik bis auf weiteres einzustellen,

da wir uns nicht dazu verstehen können, Ersatzmittel zu verwenden und dadurch unserm altbewährten Prinzip, nur das Beste zu liefern, untreu zu werden. Der Versand und der Verkauf von Zigaretten sowohl in unserer Fabrik, wie in unserm Detailgeschäft Matzkauschegasse, Ecke Langgasse, wird am 2. August d. Js. eingestellt. (9069

Wir sind bemüht, mit Hilfe der dafür in Betracht kommenden Stellen so schnell wie möglich orientalische Tabake zu erhalten, um unsern Betrieb in vollem Umfange recht bald wieder aufnehmen zu können.

Indem wir unsere verehrte Kundschaft bitten, uns bis dahin ihr Wohlwollen zu bewahren, zeichnet

ergebenst

Zigarettenfabrik „Stambul" J. Borg, Danzig.

Langgarten 88, vis à vis Wilhelm-Theater
ab 3. August:

Tom Jack

Der Eiskönig
ein seltsamer Mensch
ein interessanter Künstler
mit schneeweißem Haar u. roten Augen.
Tom Jack war 6 Monate im Zirkus Busch und das Tagesgespräch in Berlin.
1000 Mark zahlt Tom Jack demjenigen, der Gleiches leistet.
Befreiung aus der Todesfessel.

Geld gegen monatliche Rückzahlg. verleiht R. Galderow, Hamburg 5. 3051

Wer bar Geld braucht schreibe direkt an R. Liebike, Danzig, Paradiesgasse 8–9.

Moderne illustrierte :: Zeitschriften ::
Buchhdl. Volkswacht.

Körners Haararbeiten und Zöpfe
wurden noch nie übertroffen
in Qualität u. Billigkeit!!!
Versand nach Haarprobe. Ausgekämmtes Haar wird verarbeitet. Haarkauf ist Vertrauenssache, darum kaufen Sie nur beim Fachmann, dessen Name für reelle Bedien. garantiert
Haar-Körner,
18/19 Kohlenmarkt 18/19
Achten auf 18/19!
Tel. 2279. Tel. 2279.

Zietemann & Krieg
Photographisches Atelier
56 Vorstädtischer Graben 56
Porträts :: Vergrößerungen :: Familien-Gruppen

Bilder in grösster Auswahl sind eingetroffen.
Mein Lager in Möbeln aller Art ist noch gut sortiert.
Besonders aufmerksam mache ich auf die in meiner Polsterwerkstätte angefertigten
Sofas, Ruhebetten.
Dagobert David Nacht. (3387
nur Altstädt. Graben 11.

Der Wanderer
von A. Fendrich.
Mit acht Tafeln und zahlreichen Textabbildungen nach Originalaufnahmen.
Preis: 2,25 Mark.
Buchhandlung
Volkswacht,
Paradiesgasse 32.

Schuhwaren nach Maß
liefert schnell und preiswert (3393
F. Piernitzki, Oliva, Danzigerstraße 7.

Die ganz echte (3394
Dauerwäsche
feine impr. Kragen- oder Garnitur, Vorhemden, Manschetten und Kragen in allen Weiten u. Façons hält zu haben bei
E. Kaffar, Trebergasse 4.

In Kochtöpfen
werden neue Böden eingesetzt, alle Klempnerarb. preiswert. G. Pienki, Klempnermeist., Schnüffelbaum Nr. 11.

3 Zylinderhüte! werden verliehen 2. Damm 16.

Kleine Fuhren machen Sonntag 3 Uhr.

Schellfische u. Heringe
treffen voraussichtlich Sonnabend in größeren Mengen hier ein. Lieferung erfolgt nur an Wiederverkäufer und wollen sich dieselben umgehend melden. (3394
Mix & Lüd, Strohdeich 7–9.
Telephon 3220, 3221, 3222.

Packkisten,
große, schwere, zum Transport von Umzugsgut geeignet, hat zu verkaufen
Volkswacht, Spendhaus 6, Neubau.

Konsum- u. Spargenossenschaft
E. G. m. b. H.

Die Genossenschaft werden [illegible] unentgeltlich ihre Kundschaftsbücher zur Berichtigung der Kaufsummen für das [illegible] Vierteljahr an den Verkaufsstellen abgeben. Bücher, die bis zum 5. August nicht abgegeben sind, können bei Berechnung der Rückvergütung nicht berücksichtigt werden. (3367

Der Vorstand. J. A.: Grünhagen.

Stadtmissionschor.

Alte und neue Freunde werden um ihren Beitritt zu einem
gemischten Chor
gebeten. Erste Uebungsstunde **Montag, den 4. August, abends 8 Uhr.** Hundegasse 87, 2. Gleichzeitig werden Beitrittserklärungen entgegengenommen. (3385

Zimmermann, Vorsitz. Organist Edel, Chorleiter.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Danzig.

Sonnabend, den 2. August, nachmittags 5 Uhr, findet die
Fortsetzung der General-Versammlung
im Lokal zur Strandhalle, Schidlitz, Karthäuserstraße, statt. Tagesordnung werden die Stammarbeitsnachweis-Angelegenheiten, die Gewerkschaftsfragen und Sonntag den 3. August vormittags 10 Uhr, [illegible] Elektromonteure im Lokal Arnoldt, Handwerk.

Die noch nicht eingelösten Beitragskarten können [illegible] werden. Ohne Mitgliedsbuch und Beitragskarte kein Zutritt. (3366

Die am Mittwoch tagende Funktionärversammlung hat beschlossen, daß diejenigen Kollegen, welche [illegible] an der Generalversammlung teilnehmen haben, in den Arbeiten [illegible] werden.

Die Ortsverwaltung.
J. A.: A. Krannich.

Elegante Herren- und Damen-Garderoben
werden in kurzer Zeit [illegible] und billig angefertigt. (3[illegible]
S. Posner, Breitgasse 99.

Arbeitsamt der Stadt Danzig.
Arbeitsvermittlung nach dem Kohlengebiet.

Der Andrang der Freiwilligen für das rheinisch-westfälische Kohlengebiet bleibt dauernd so stark, daß wir am Donnerstag, den 7. August, einen dritten Sonderzug nach Gelsenkirchen ablassen können. Arbeitslose, die sich diesem Transport anschließen wollen, müssen sich sofort, spätestens aber am Montag, den 4. August, in unserer Vermittlungsstelle, Töpfergasse 1–3, melden und ihre Invalidenkarte sowie die Vormerkkarte mitbringen.

Auch diesem Transport können sich Arbeitslose anschließen, die außerhalb Danzigs wohnen.

Danzig, den 30. Juli 1919.

Der Magistrat.
Die Beauftragten des Volksausschusses.

Rudolf Brzezinski
Feinste Herrenschneiderei
Holzmarkt 24. — Fernsprecher 2425

Maßanfertigung eleganter Herren-Bekleidung.
Stoffe werden zur Verarbeitung angenommen. Kürzeste Lieferfrist. — Wenden und Umarbeitungen.